

Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V.
Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende Organisation

Der Landesvorstand

Pressemitteilung

14. Mai 2013

VF/sz

Medikamentenversuche in der DDR

BSV Sachsen fordert Untersuchungskommission der Landesregierungen - Tests auch in DDR-Gefängnissen?

Nach Berichten über DDR-Medikamentenversuche in Mitteldeutschland unter Beteiligung westlicher Pharmafirmen fordert der Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen, von den Landesregierungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Die sächsische Staatsregierung, namentlich das Gesundheitsministerium, sollte handlungsinitiativ werden, regte der Verfolgtenverband in Dresden an. Es müsse geklärt werden, wer und wo geschädigt wurde, um die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen für die Betroffenen zu ermöglichen. Auch der Einsatz von Medikamenten in DDR-Haftanstalten, wo viele ehemals politisch Verfolgte eingesperrt waren, stehe im Raum.

Vize-Vorsitzender **Volkhard Fuchs** vom Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V. sagt dazu:

"Wir sind dagegen, dass die betreffenden Einrichtungen selbst dieses Kapitel aufarbeiten, das widerspräche wissenschaftlichen Grundsätzen der Unabhängigkeit. Stattdessen müssten die westlichen Pharmakonzerne und die ostdeutschen Krankenhäuser zur Verantwortung gezogen werden. Immerhin wurden ahnungslose Patienten offenbar systematisch zu Testzwecken schamlos missbraucht, damit harte Devisen in die klamme DDR-Staatskasse kommen. Politische Häftlinge der DDR berichten seit langem, dass sie im Gefängnis Medikamente nehmen mussten. Auch das muss jetzt endlich aufgeklärt werden."

Wie die Medien berichten, sollen westliche Pharmakonzerne in mehr als 50 DDR-Kliniken hunderte Medikamentenstudien in Auftrag gegeben haben, darunter auch zahlreiche in Mitteldeutschland. Mehr als 50.000 Menschen dienten in der DDR bis zum Mauerfall in rund 600 Kliniken als Testpatienten, etwa für Chemotherapie-Mittel und Herzmedikamente - oft ohne es zu wissen. Mehrere Testreihen hätten zu Todesfällen geführt und mussten abgebrochen werden. Das gehe aus bislang unbekanntem Akten des DDR-Gesundheitsministeriums, der Stasi und des Instituts für Arzneimittelwesen. Laut Spiegel boten die Hersteller bis zu 800.000 D-Mark pro Studie an. Manager der West-Berliner Schering AG hätten der Charité sogar ein Testvolumen von jährlich sechs Millionen D-Mark angeboten. Führende DDR-Mediziner waren sich laut Gesprächsprotokollen der Motive der

Konzerne bewusst. So habe etwa Schering im Westen wohl «generelle ethische Probleme der Mensch als Versuchskaninchen», sagte damals ein zuständiger Arzt der Charité laut Medienberichten.

Der Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V. setzt sich für die Rechte ehemals politisch Verfolgter und ihrer Hinterbliebenen ein. Das schließt den Psychiatriemissbrauch der SED-Diktatur ein. Der Verein fordert Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Stalinismus und Kommunismus. Er fördert seine Ziele auch durch die Herausgabe von Verbandspublikationen sowie durch Zeitzeugenprojekte und leistet damit einen Beitrag zur Festigung der Demokratie.

Kontakt:

Volkhard Fuchs

Mobiltelefon: +49 173 8440952